

*(13)

Reform des Prüfungswesens: Allgemeine Einführung der Abiturprüfung

Wie der stellvertretende Erziehungsminister He Dongchang im Januar erklärte, wird ab diesem Jahr die Abschlußprüfung der oberen Mittelschule - also praktisch das Abitur - in ganz China eingeführt. Bisher war eine solche Prüfung nur vereinzelt durchgeführt worden (vgl. dazu C.a. 1991/7, Ü 18); jetzt wird sie in ganz China zur Regel, genau in 29 Provinzeinheiten (außer in Tibet).

Bisher hatte man die Hochschulaufnahmeprüfungen als alleinigen Maßstab für die Hochschulreife betrachtet. Fachleute jedoch meinen, daß das allgemeine Bildungsniveau der Schüler besser und objektiver aufgrund einer Abschlußprüfung nach Beendigung der Mittelschuloberstufe beurteilt werden kann. Die Erfahrungen haben gezeigt, so heißt es, daß durch eine solche Prüfung die Schulen ihr Augenmerk jetzt mehr auf die Qualifikation der Schüler legen als auf die Rate derjenigen, die auf die Hochschule überwechseln. Sie konzentrieren sich nicht mehr nur auf wenige Schüler (nämlich diejenigen, die studieren wollen), sondern auf alle. Viele Schüler sehen den Vorteil der Abiturprüfung auch darin, daß sie für den Fall, daß sie die Hochschulzulassung nicht erhalten, durch das Abitur eine Qualifikation haben, die sie anderweitig brauchen können. (RMRB, 12.1.92)

Die Aufnahmeprüfungen zu den Hochschulen werden trotz der Abschlußprüfungen an den Mittelschuloberstufen beibehalten, werden aber entlastet, d.h. die Bewerber werden nur noch in vier statt bisher sechs oder sieben Fächern geprüft. -st-

*(14)

Buddhisten genießen Glaubensfreiheit

Der Präsident der Chinesischen buddhistischen Vereinigung, Zhao Puchu, fühlte sich kürzlich bemüßigt, in einem Artikel in der *Volkszeitung* darzulegen, daß die chinesischen Buddhisten vollkommene Religionsfreiheit genießen. Mit Bezug auf das unlängst von der chinesischen Regierung herausgegebene Weißbuch über die Situation der Menschenrechte in China (vgl. dazu C.a., 1991/11, Ü 8) stellt Zhao zu-

nächst fest, daß die Menschenrechte in China verwirklicht sind und damit auch die Glaubensfreiheit als wichtiger Bestandteil der Menschenrechte. Seit 1949 hätten die Buddhisten die Möglichkeit gehabt, ihrer Unterdrückung und Ausbeutung zu entrinnen und das in der Verfassung verankerte Grundrecht der Glaubensfreiheit zu genießen. Sie hätten sich voll entfalten können und würden eine vorher nie gekannte Stellung in Politik und Gesellschaft einnehmen. Sie seien in Volkskongressen und der politischen Konsultativkonferenz aller Verwaltungsebenen vertreten und könnten an allen staatlichen Angelegenheiten teilnehmen und mitdiskutieren. Zwischen anderen Glaubensgemeinschaften und den Buddhisten herrschten neuartige Beziehungen der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts und der Solidarität. Im "Neuen China" hätten die Buddhisten die Unterdrückung und den Einfluß der reaktionären Kräfte abgestoßen und ihre Reinheit wiederhergestellt, es seien auf nationaler und lokaler Ebene buddhistische Vereinigungen aufgebaut, Tempel renoviert, buddhistisches Kulturgut bewahrt und die Erziehung in buddhistischer Kultur gefördert worden.

Nachdem Zhao die Lage der Buddhisten in China in so leuchtenden Farben geschildert hat, ruft er seine Glaubensgenossen auf, das Weißbuch über die Situation der Menschenrechte in China genau zu studieren, damit sie den Standpunkt Chinas in der Menschenrechtsfrage verstehen und ihren Glauben an den sozialistischen Weg unter der Führung der Partei stärken. Sie sollen ihre eigenen Erfahrungen nutzen, die Situation der Buddhisten im alten und neuen China vergleichen und den mit ihnen in Verbindung stehenden relevanten Persönlichkeiten des In- und Auslands die Praxis der Menschenrechte in China erklären, insbesondere die Errungenschaft, daß die Religionsfreiheit der Bürger garantiert ist. Der Verfasser schließt mit dem Aufruf an seine Glaubensbrüder, die Regierung weiterhin in ihrer Politik der Religionsfreiheit zu unterstützen und noch mehr Beiträge für Staat und Gesellschaft zu leisten. Die Kontinuität und Stabilität der Politik der Religionsfreiheit werde das Ansehen Chinas als Hüter der Menschenrechte und Verteidiger seiner Souveränität weiter steigen lassen. (RMRB, 22.1.92)

Zur Bewertung des Artikels muß man wissen, daß der Präsident der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung - ebenso wie die Präsidenten anderer Religionsgemeinschaften - eine halboffizielle Stellung innehaben; er ist das Bindeglied zwischen Partei und Regierung auf der einen und den Gläubigen auf der anderen Seite. Deshalb hat der Artikel auch zweierlei Funktion: Zum einen richtet er sich an Partei und Regierung und will mögliche Zweifel in bezug auf das offiziellerseits gewünschte politische Wohlergehen der Buddhisten zerstreuen, d.h. er will signalisieren, daß die Buddhisten mit ihrer Situation zufrieden sind. Zum anderen spricht der Artikel die Buddhisten an und will ihnen gleichsam zu verstehen geben, daß es für sie am unverfänglichsten ist, wenn sie sich an die staatlichen Gesetze und Vorschriften zur Religionsausübung halten, und daß es unter den jetzigen Umständen keinen Zweck hat, sich für mehr Religionsfreiheit einzusetzen. -st-

Außenwirtschaft

*(15)

Erste offizielle Wirtschaftskontakte mit der GUS

Im Rahmen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) erfolgen auch schrittweise bilaterale Abkommen über wirtschaftliche Kooperation und Handel. So unterzeichneten China und die Republik Usbekistan in Taschkent Anfang Januar dieses Jahres eine Vereinbarung über wirtschaftliche Zusammenarbeit. (FAZ, 4.1.92) Ausländischen Einschätzungen zufolge, wird China versuchen, die zentralasiatischen Republiken über eine engere wirtschaftliche Kooperation an sich zu binden. (HB, 28.1.92)

Beim Besuch des Ministerpräsidenten Weißrußlands, Wjatscheslaw Kebitsch, in Beijing Mitte Januar d.J. wurden ebenfalls neben der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Vereinbarungen über Wirtschaftskooperation und Handel abgeschlossen. (Zitiert nach Xinhua News Agency, in: SWB, 22.1.92) Konkrete Projekte wurden noch nicht genannt.

Nach chinesischen Angaben ist der Handel mit der GUS im letzten Jahr um 12,1% auf 3,9 Mrd.US\$ gesunken. Dies sei auf politische Instabilität und Produktionsausfälle in der ehemaligen UdSSR zurückzuführen. (HB, 28.1.92) -schü-

*(16)

Überlegungen zur Bildung einer "Chinesischen Wirtschaftszone"

Auf einer Konferenz von rd. 100 Wissenschaftlern, Unternehmern und Politikern aus der VR China, Hongkong und Taiwan wurden Mitte Januar in Hongkong die Möglichkeiten zur Bildung einer größeren Chinesischen Wirtschaftszone diskutiert.

Das Symposium wurde dem Bericht der AWSJ vom 23.1.92 nach teilweise von Taiwan's Democracy Foundation, die für die Vereinigung des Festlandes und Taiwans eintritt, sowie vom Hongkong Baptist College finanziert. Zu den Teilnehmern zählten auch fünf Mitglieder des taiwanesischen Parlaments sowie je ein Mitglied des chinesischen Staatsrats und des Hongkonger Legislativrats.

Die Verstärkung der wirtschaftlichen Kooperation sei aus Sicht der Konferenzteilnehmer durch die politischen Unterschiede erschwert, die auch kurzfristig nicht beseitigt werden könnten. Ein Wirtschaftsblock nach dem Muster der Europäischen Gemeinschaft sei dementsprechend nicht zu erwarten. Allerdings könnten, so S.F. Lee, einer der fünf taiwanesischen Abgeordneten, politische Interventionen reduziert werden; die wirtschaftliche Kooperation sei letztlich ein natürlicher Entwicklungsprozeß.

Tatsächlich hat diese Kooperation im Dreieck Südchina, Taiwan und Hongkong bereits begonnen. Dies wird sowohl im Investitionsengagement der Taiwanesen in Südchina und in der Auslagerung der Produktionsstätten von Hongkong nach Guangdong deutlich.

Hinsichtlich gemeinsamer Prioritäten wurde auch die GATT-Mitgliedschaft angeführt, die sowohl für die VR China als auch für Taiwan von größter Bedeutung sei. Der Beitritt zum GATT würde die Diskussion über die Verlängerung der Meistbegünstigung

in den USA beenden und damit auch den Hongkonger Unternehmen sowie den taiwanesischen Investoren mehr Sicherheit geben. Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Kooperation beständen weiterhin in der Einführung vergleichbarer gesetzlicher Bestimmungen, die auch im Handel mit den USA notwendig wären.

Das chinesische Mitglied des Staatsrats wies weiterhin auf die Möglichkeiten zur Wirtschaftskooperation zwischen Taiwan und der VR China hin. So könne Taiwan seine Devisenreserven für Investitionen auf dem Festland einsetzen, da dort zum Aufbau einer Industrie mit hoher Wertschöpfung notwendiges Kapital fehle.

Die Organisatoren der Konferenz sehen in dieser Diskussionsrunde den ersten Schritt zu einem institutionalisierten Austausch über Aspekte der Wirtschaftskooperation zwischen Südchina, Taiwan und Hongkong. Als nächster Schritt komme die Gründung einer ständigen Organisation in Hongkong als Kommunikationszentrum in Frage. -schü-

*(17)

Politische Unterstützung für Sonderwirtschaftszonen

Mitte Januar besuchte Deng Xiaoping die Sonderwirtschaftszonen (SWZ) Zhuhai und Shenzhen, um seine Unterstützung für beschleunigte Wirtschaftsreformen und die Politik der außenwirtschaftlichen Öffnung zu zeigen.

Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Mingbao* vom 21./22.1.92 forderte Deng Xiaoping bei einem Treffen mit Funktionären in Shenzhen, daß das Perlfußdelta in der wirtschaftlichen Entwicklung Anschluß an die "Vier Kleinen Tiger" (Südkorea, Hongkong, Taiwan, Singapur) finden solle. Gleichzeitig wiederholte Deng Xiaoping die vor 1989 bereits geäußerte Vorstellung, daß die Bildung mehrerer 'Hongkongs' wünschenswert sei.

Im Ausland wurde die Reise Deng Xiaopings in die SWZ als Unterstützung der Reformvertreter in der Partei und als Auftakt zu einer Beschleunigung der Wirtschaftsreform gesehen. (FT, 23.1.92; IHT, 23.1.92; SCMP, 27.1.92) -schü-

*(18)

Weitere Gründung chinesischer Banken im Ausland

Wie die *China Daily* am 23.1.91 berichtet, wird die Chinesische Industrie- und Handelsbank [Industrial and Commercial Bank of China (ICBC)] im März d.J. eine Niederlassung in Singapur eröffnen.

Nach Angaben des Vizepräsidenten der ICBC, Huang Yujun, ist die Eröffnung einer Niederlassung in Singapur der erste Schritt im Rahmen einer Ausweitung der Bankaktivitäten im Ausland; weitere Filialen sind in den Finanzzentren New York, London und Hongkong vorgesehen.

Huang Yujin wies darauf hin, daß die ICBC mit einem Eigenkapital von 23,62 Mrd. Yuan (4,45 Mrd.US\$) international den 8. Rang und mit einem Gesamtaktiva von 938,36 Mrd. Yuan (177,05 Mrd.US\$) den 25. Rang einnehme.

Zusammen mit der amerikanischen Citibank führt die ICBC seit 1985 über Hongkong die Abwicklung von Devisengeschäften zwischen Taiwan und der VR China durch. Auf die ICBC entfallen derzeit 70% dieser Transaktionen. Auch die Niederlassung der ICBC in der Provinz Heilongjiang ist mit Devisengeschäften im Zusammenhang mit Außenhandelsaktivitäten zwischen den Republiken der ehemaligen UdSSR und China beschäftigt.

Zwischen der ICBC und einer Reihe von Banken in Großbritannien, Dänemark, Belgien, Schweden, Frankreich, den USA und der Schweiz, aber auch mit Indonesien und Macao bestehen Kooperationen und Joint Ventures. Die im Ausland aufgenommenen Kredite betragen insgesamt 700 Mio.US\$. Insgesamt umfaßt das Devisenvermögen der Bank mehr als 5 Mrd.US\$, einschließlich 1,3 Mrd.US\$ eigener Devisenbestände.

Bereits seit einigen Jahren ist eine Verstärkung der internationalen Aktivitäten der chinesischen Banken festzustellen. So hat beispielsweise die Bank of Communication am 1. November 1991 ihre erste ausländische Niederlassung in New York eröffnet. Ziel dieser Gründung ist die Unterstützung der chinesischen und amerikanischen Unternehmen sowie der Unternehmen

von Überseechinesen in den USA, die im sino-amerikanischen Handel engagiert sind. (XNA, 2.11.91) Die Bank of Communication soll nach Angaben von SCMP vom 26.5.91 Teil der Bankengruppe der Bank of China sein, die bereits 413 Filialen in dreizehn Ländern unterhält. (XNA, 5.9.91)

Auch die Aufbaubank bzw. People's Construction Bank of China (PCBC), eine der vier Spezialbanken, zu denen die Industrie- und Handelsbank, die Landwirtschaftsbank und die Bank of China zählen, hat im November ihre erste Niederlassung im Ausland, und zwar im Finanzzentrum London, gegründet.

Die PCBC beschäftigt sich in erster Linie mit der langfristigen Projektfinanzierung, dem staatlichen Investitionsmanagement und dem in- und ausländischen Kreditgeschäft. (XNA, 16.11.91) -schü-

*(19)

Importerhöhungen geplant

Nach Angabe der Zollbehörden stieg der chinesische Außenhandelswert im Jahre 1991 um 17,5% auf 135,7 Mrd. US\$. Während sich der Export um 15,8% auf 71,91 Mrd.US\$ erhöhte, nahm der Import um 19,5% zu und machte 63,79 Mrd.US\$ aus. Damit konnte China auch 1991 einen Außenhandelsüberschuß in Höhe von 8,12 Mrd.US\$ [1990: 8,7 Mrd.US\$] erzielen. (Zitiert nach Xinhua News Agency, in: SWB, 22.1.92)

Der Anteil der Sonderwirtschaftszonen (SWZ) am Außenhandel betrug 1991 insgesamt 19,67 Mrd.US\$ bzw. 14,5%. Am meisten hat hierzu die SWZ Shenzhen mit einem Anteil von 11,47 Mrd. US\$ beigetragen, während auf die SWZ Xiamen der zweitgrößte Anteil entfällt. (Zitiert nach Zhongguo Xinhua She, 15.1.92, in SWB, 22.1.92)

Liu Xiangdong vom Ministerium für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland (Mofert) kündigte die Ausweitung der Importe um einige Milliarden US\$ sowie Zollsenkungen und Erleichterungen bei Importlizenzen für 16 Einfuhrgüter an.

Liu Xiangdong zufolge, seien 1991 die Importe aus den ASEAN-Staaten bereits um 29,3%, aus Japan um 32,1%,

der EG um 0,5% und den USA um 21,5% sowie aus Hongkong um 22,5% gestiegen.

Liu Xiangdong führt diese Importerhöhungen auf die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen China, auf die mit der grundsätzlichen Erfüllung der inländischen Ziele im Rahmen der Readjustierung möglich gewordenen Steigerungen der Importe, auf die Senkung einiger Importzölle, auf Auftragsabschlüsse der chinesischen Einkaufsdelegationen sowie auf die zur Verbesserung des technischen Niveaus der Industriebetriebe notwendigen Technologieimporte zurück. (XNA, 28.1.92)

Wie die NfA am 23.1.92 berichten, soll das chinesische Ministerium für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland für den Zeitraum des 8. Fünfjahresplans (1991-95) einen Importwert von insgesamt 350 Mrd.US\$ eingeplant haben. Dies würde für die verbleibenden vier Jahre einen durchschnittlichen Importwert von rd. 72 Mrd.US\$ pro Jahr darstellen.

Die Importe sollen gemäß den Vorstellungen des Mofert auf die Bezüge von Technologie und Kapitalausrüstungen sowie auf im Inland nicht hergestellte Rohstoffe und Zwischenerzeugnisse konzentrieren. Die Versorgung mit Anlagen und Ausrüstungen für die vom Staat im laufenden Fünfjahresplan zur prioritären Entwicklung ausgewählten Sektoren Landwirtschaft, Energie, Verkehr und Telekommunikation sowie Elektronik sollen Vorrang haben.

Auch die stärkere regionale Diversifizierung der Importe soll den Mofert-Vorstellungen zufolge in den nächsten Jahren realisiert werden. Hierbei ist insbesondere an die Reduzierung der Abhängigkeit von den US-Importen gedacht. -schü-

*(20)

General Motors gründet Joint Venture in Nordostchina

Der im Inland durch schleppende Verkaufsumsätze und harte japanische Konkurrenz angeschlagene US-amerikanische Automobilkonzern General Motors Corp. ist ein Joint Venture in China eingegangen.

Zusammen mit dem chinesischen Partner, Gold Cup Automotive Co., Shenyang, sollen leichte Lastwagen bzw. Pick-Ups hergestellt werden. Der Kapitaleinsatz des Joint Ventures, das den Namen Jinbei General Motors Automotive Co. trägt, wird 100 Mio. US\$ sein; der Anteil General Motors wird mit 30% angeben.

Der chinesische Partner mußte 1990 Verluste in Höhe von 60 Mio.Yuan (11 Mio.US\$) hinnehmen, im letzten Jahr soll das staatliche Unternehmen Gold Cup einen Gewinn gemacht haben. Bereits heute produziert das Unternehmen Lastwagen und Minibusse.

Auch General Motors machte in letzter Zeit hohe Verluste. Diese betragen zwischen Januar-September 1991 allein 2,2 Mrd.US\$. Bei einer Produktionskapazität von 6 Mio. Kfz sind die Verkäufe General Motors auf weniger als 4 Mio. pro Jahr zurückgegangen. Die Gründung des Joint Ventures erfolgt gerade einen Monat nach der Ankündigung General Motors, 74.000 Arbeitsplätze in den USA abzubauen.

Ab Mitte d.J. wird mit der Montage der Pick-Ups mit Fahrzeugteilen aus den USA begonnen werden. Zunächst ist eine Produktion von 600-1.000 Fahrzeugen in diesem und nächsten Jahr geplant. Bis 1998 soll die Jahresproduktion, bei gleichzeitiger Steigerung des lokalen Anteils in der Fertigung, auf 50.000 Fahrzeuge gesteigert werden. Die Transporter sollen ausschließlich für den chinesischen Markt bestimmt sein.

Damit ist der zweite US-amerikanische Automobilkonzern ein Joint Venture in China eingegangen; Chrysler baut in der Hauptstadt bereits mit einem chinesischen Partner den Beijing-Jeep.

Andere ausländische Autohersteller, die mit chinesischen Partnern Kfz herstellen, sind Volkswagen, Audi, Peugeot und Daihatsu sowie Mercedes-Benz mit einer Produktionsstätte für Lkw, Iveco mit einem Joint Venture für Minibusse sowie Nissan, die ebenfalls Lkw montieren. (IHT, 16.1.92; FT, 16.1.92; HB, 22.1.92) -schü-

*(21)

Überkapazitäten im Hotelgewerbe

In der Hotelbranche bestehen besonders in den Großstädten Beijing und Shanghai hohe Überkapazitäten. Nach Einschätzung ausländischer Hotel-

manager beträgt die Überkapazität in Beijing beispielsweise rd. 40%, und mit einer schnellen Belegung des Tourismus in den nächsten Jahren wird nicht gerechnet. Außerdem wird aufgrund einer größeren Zahl von noch fertigzustellenden Hotelbauten das Angebot weiter steigen.

Als Folge des Überangebots sank die Kapazitätsauslastung Beijinger Hotels auf 50-60% und der Übernachtungspreis in Hotels der Luxus-kategorie von vordem 140 US\$ auf 45-50 US\$ zurück. Weiterhin wurde aus Kostengründen in vielen Hotels das ausländische Personal reduziert mit entsprechend negativen Auswirkungen auf den Servicebereich. Bis zur erneuten Erholung des Marktes sehen sich die meisten dieser Hotels einer schwierigen Kostensituation gegenüber. (SCMP, 25.1.91)

Insgesamt stehen in der Hauptstadt bereits 177 Hotels mit 39.500 Zimmern zur Verfügung, in Shanghai sind es 81 Hotels mit 19.900 Räumen. In ganz China stieg die Zahl der Hotels auf 1.987 mit zusammen 294.000 Zimmern. Der Anteil der Hotels, die von sino-ausländischen Joint Ventures betrieben werden, beläuft sich auf 375 Hotels mit 75.000 Räumen. In der überwiegenden Zahl dieser Hotels erfolgt das Management unter Beteiligung der internationalen Hotelketten. Die restlichen 1.612 Hotels werden ausschließlich von chinesischen Unternehmen geführt.

Zur durchschnittlichen Besucherzahl von rd. 5 Mio. Touristen aus dem Ausland kommen jährlich noch rd. 25 Mio. Übersee-Chinesen, vor allem aus Hongkong und Taiwan; diese kommen jedoch nur beschränkt als Hotelgäste in Frage. (NfA, 7.11.91)

Nach Angaben der National Tourism Administration konnten die für 1991 geplanten Deviseneinnahmen aus dem Tourismusbereich bereits zwei Monate früher erfüllt werden. Die gesamten Deviseneinnahmen im Zeitraum Januar bis Oktober 1991 betragen 2,34 Mrd.US\$ und bis Ende des Jahres wird mit einer Erhöhung auf 2,7 Mrd.US\$ [1990: 2,22 Mrd.US\$] gerechnet.

Für das laufende Jahr wird von chinesischer Seite mit einer deutlichen Zunahme der ausländischen Besucherzahl gerechnet. Im Rahmen der "Visit Chi-

na '92" wurde eine große Anzahl von touristischen Attraktionen vorbereitet, die den ausländischen Besuchern einen zusätzlichen Anreiz bieten sollen. (Siehe hierzu: Visit China '92 Major Festivals, in: *China Market* No.10, 1991) -schü-

Binnenwirtschaft

***(22)**
Wirtschaftsreform soll wieder beschleunigt werden

Auf der nationalen Konferenz zur Umgestaltung des Wirtschaftssystems vom 6.-10.1.92 stand wiederum die Reform der staatlichen Unternehmen im Mittelpunkt.

Zum Abschluß der Konferenz wies Ministerpräsident Li Peng darauf hin, daß in China derzeit politische und soziale Stabilität bestehe und sich die Wirtschaft positiv entwickelt habe. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung seien grundsätzlich erreicht. Vor diesem Hintergrund könne nunmehr wieder mit einer Beschleunigung der Wirtschaftsreform begonnen werden.

Als wesentliche Aufgabe bei der Unternehmensreform nannte Li Peng weiterhin die Neustrukturierung im Personal- und Einkommensbereich. So müsse in den Unternehmen mit der Praxis der lebenslangen Beschäftigungsgarantie und der egalitären Einkommensverteilung gebrochen werden.

Als Voraussetzung für die Realisierung der Unternehmensreform forderte Li Peng außerdem, daß zwar eine makroökonomische Anleitung und Überwachung erfolgen müsse, der direkte Eingriff in die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen jedoch zu vermeiden sei. Im Mittelpunkt der Reform stehe die Ausrichtung der Unternehmen auf die Marktnachfrage. (Zitiert nach Xinhua News Agency, 13.1.92)

Ministerpräsident Li Peng nutzte bei seiner Rede auf dem Davoser Management-Symposium Ende Januar d.J. in der Schweiz ebenfalls die Gelegen-

heit, auch auf die weitere Vertiefung der Reformen in China hinzuweisen. Allerdings, so Li Peng, bedeuteten Reformen keine Abkehr vom sozialistischen System, sondern lediglich Verbesserung und Weiterentwicklung des Sozialismus. (Zitiert nach Xinhua News Agency, in SBW, 1.2.92) -schü-

***(23)**
Steuerabteilungen melden Planerfüllung trotz "gewisser Probleme"

Für das Jahr 1991 wird die Erfüllung der planmäßigen Industrie- und Handelssteuereinzahlung gemeldet. Insgesamt sollen 233,4 Mrd. Yuan, das sind 2,9 Mrd. Yuan bzw. 8,6% mehr als 1990, erhoben worden sein. Der Steueranteil der privaten Industrie- und Handelsunternehmen belief sich im letzten Jahr auf 17 Mrd. Yuan, 25% mehr als 1990. Auch bei diesen Unternehmen war die Praxis der Steuerhinterziehung verbreitet, da von den 17 Mrd. Yuan ein Anteil von 2 Mrd. Yuan zunächst nicht gezahlt worden war.

In den von Überschwemmungen betroffenen Gebieten haben die Steuerbehörden einer Reihe von Unternehmen und lokalen Verwaltungen Steuerbefreiung und -erleichterungen eingeräumt, um die Wiederaufnahme der Produktion zu unterstützen. Nach ersten statistischen Erhebungen für 1991 wurden beispielsweise in den Provinzen Anhui und Jiangsu aufgrund dieser Maßnahmen rund 1 Mrd. Yuan Steuern weniger erhoben.

Nach Angaben von Jin Xin, Direktor der Staatlichen Steuerbehörde, habe sich in den letzten drei Jahren der Readjustierungsperiode zwar das Steuersystem verbessert, doch seien noch viele Probleme ungelöst geblieben. So hätten beispielsweise einige Lokalbehörden das zu zahlende Steuervolumen der Industriebetriebe reduziert und ihnen erlaubt, einen größeren Anteil der Gewinne einzubehalten. Dies sei unter dem Vorwand der Belegung der Industriebetriebe geschehen. Diese Lokalbehörden hätten damit gegen die vom Staatsrat im September 1991 beschlossenen 12 Maßnahmen der Unternehmensreform verstoßen.

Jin Xin berichtete außerdem von einigen Lokalbehörden, die eigene Gesetze und Bestimmungen zur Steuerbe-